

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 8. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 8., 9. und 10. Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Thema „Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern“ wollen wir eine gesellschaftlich wichtige Frage im Landtag erörtern, die sowohl bei Befürwortern als auch Kritikern der Tierhaltung große Emotionen auslöste, die auch auf der Internationalen Grünen Woche spürbar waren.

Unser Land wurde dort hervorragend repräsentiert, zehn Tage lang Besucherrekorde und deutlich gestiegene Umsätze sprechen für sich. Wir sollten von hier aus den Ausstellern und Anbietern aus unserem Lande für ihre großen Leistungen danken. Vor allen Dingen hat sich für meine Fraktion gezeigt, dass regionale Produkte ein großes Potenzial haben und deren Erzeugung und Vertrieb stärker unterstützt werden müssen.

Deutlich wurde auch im Agieren der Befürworter und Kritiker von Stallneubauten und sogenannter Massentierhaltung, dass politische Lösungen für die Perspektive der Tierhaltung in unserem Lande eingefordert werden. Dabei stand der Antibiotikaeinsatz mit im Vordergrund. Unstrittig ist, dass dieser Einsatz in der Tierhaltung reduziert werden muss. Wir haben mehrere Vorschläge zur Lösung des Problems. Die Datengrundlage muss verbessert, die Haltungsbedingungen müssen überprüft und das zuständige Personal muss besser geschult und bezahlt werden. Ein gutes Bestandsmanagement, eine integrierte tierärztliche Betreuung und betriebliche Programme zur Minimierung sind notwendig. Es geht um eine

Verbesserung der Qualität in jeder Tierhaltung. Antibiotische Wirkstoffe sollten auch nur entweder bei Mensch oder Tier eingesetzt werden.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, DIE LINKE hatte aus diesem Anlass eine Sondersitzung des Agrarausschusses und eine Anhörung des Geflügelwirtschaftsverbandes beantragt. Festzustellen ist, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir uns ernähren und womit wir uns ernähren, wächst. Die Kritik trifft aber leider auch in erster Linie die, die uns ernähren, nämlich die einheimischen Bauern.

Die Zeit einer Aktuellen Stunde reicht nicht, um die gesamten komplizierten Wechselverhältnisse, zum Beispiel mit dem Handel, unseren Konsumgewohnheiten und den internationalen Einflüssen zu beleuchten. Bedenklich ist, dass uns Lebensmittel nicht viel wert sind, der Preis zumeist alles entscheidet und 30 bis 50 Prozent der Lebensmittel im Müll landen. Gleichzeitig gibt es Hunger in der Gesellschaft und viele Kinder, die hungrig zur Schule gehen.

Ich habe hier nur wenige der Fragen aufgeworfen, die die Öffentlichkeit derzeit bewegen. Wir brauchen eine sachliche Debatte für einen gesellschaftlichen Konsens und den Blick aufs Ganze. Ich meine solche Entwicklungen in unserem Lande: Zu fast jedem geplanten Stallneubau, ob klein oder groß, entwickelt sich Widerstand von Einwohnern, die sich betroffen fühlen. Scheinbar unversöhnlich, ich wiederhole, scheinbar unversöhnlich

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

stehen sich Investoren, Bauern und Bürgerinitiativen – beide Seiten mit zahlreichen guten Argumenten – gegenüber und haben ganz unterschiedliche Sichten auf die Entwicklung ihrer Dörfer.

Was brauchen unser Land und die ländlichen Räume? Selbstverständlich eine ausgewogene Entwicklung, die die natürlichen Potenziale, die Vorzüge unseres Landes und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung erhält und verbessert. Dafür hat das Land genügend Raum. Es gehört aber auch mehr Tierhaltung zu regional

verträglichen Bedingungen, ich wiederhole, zu regional verträglichen Bedingungen dazu. Aus ökologischer Sicht fehlt uns aufgrund des zu geringen Tierbesatzes der organische Dünger zur Aufrechterhaltung eines nachhaltigen Nährstoffkreislaufes von „Boden – Pflanze – Tier – Boden“ zur Bewahrung des Schatzes der Bodenfruchtbarkeit, auf den bereits Thünen hinwies.

Zum Zweiten fehlt uns die Wertschöpfung, die sich mit Tiererhaltung deutlich erhöhen kann. Es gibt solche Fragen: Was ist heute ein Bauernhof? Wo fängt die Agrarfabrik an? Ab wann haben wir es mit Massentierhaltung zu tun? Meiner Ansicht nach sind diese undefinierten Begriffe keine geeignete Grundlage für eine solide und berechenbare Politik. Klärung und Neuorientierung soll offenbar eine Strategieguppe im Ministerium bringen. Ich frage: Auf welcher Grundlage wird dieses passieren?

Für mich ist die Forschung ein entscheidender Punkt. Es gibt aber in unserem Lande seit Langem keine begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen dazu, welche positiven oder negativen Wirkungen von großen oder kleinen Hühner- oder Schweineställen beziehungsweise Haltungsformen ausgehen. Vom Minister wird der Handlungsbedarf für wissenschaftliche Begleitung und praxisnahe Forschung betont, andererseits werden die Mittel aber gekürzt. Ich bin gespannt, welche Ansätze die Landesregierung dazu in ihrem Haushaltsentwurf hat und ob der Abbau der agrarwissenschaftlichen Forschung im Lande aufgehoben und wie die länderübergreifende Kooperation gestärkt wird. Das wäre solide und ernst gemeinte Politik. Wenn nicht, schauen wir in die Glaskugel und definieren Massentierhaltung heute so, morgen so, je nach der politischen Stimmungslage.

Ich muss auch daran erinnern, dass unter SPD-Regierungen im Bund die Gesetze gemacht wurden, die es möglich machen, dass solche übergroßen Stallanlagen wie in Alt Tellin gebaut werden können. Zur soliden Politik gehören für mich aber auch Bestandsgrößen, in denen man mit Mindestlöhnen von 10 Euro Einkommen erwirtschaften kann und die einem studierten Landwirt Perspektiven bieten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Solide Politik ist in unseren Augen eine regional bestimmte Größenbegrenzung für Anlagen für alle Nutztierarten. Es ist die Einordnung von Ställen in die Territorien bei früher Einbeziehung und Mitsprache der Einwohner.

Ich will auch auf einen landeseigenen Widerspruch hinweisen: Der 1998 hier vom Landtag gefasste Beschluss, dass landwirtschaftliche Flächen des Landes an solche Pächter gehen sollen, die durch Sonderkulturen oder die Verstärkung der Viehhaltung die Beschäftigung erhöhen und für mehr Wertschöpfung auf der Fläche sorgen, ist noch in Kraft. Ich sehe hier einen Widerspruch zum gegenwärtigen Förderstopp. Der Landtag muss sich also aktiv in diese Auseinandersetzung einbringen.

Ich komme zum Fazit: Die bäuerliche Tierhaltung braucht sichere Perspektiven im ländlichen Raum und die Proteste der Einwohner müssen ernst genommen werden. Ich will, dass Landwirte und Tierschützer aufeinander zugehen. Aus meiner Sicht ist der Agrarausschuss des Landtages ein dafür geeignetes Gremium.

Ich halte folgende Förderkriterien für diskussionswürdig: eine betriebliche Obergrenze für den Tierbesatz von zwei Großvieheinheiten pro Hektar; die feste Bindung der Investition an den eigenen oder gepachteten Boden; die Zahlung eines ausreichenden Mindestlohnes an die Beschäftigten und die Honorierung besonders gesunder und tiergerechter Haltungsverfahren.

Damit haben wir auch definiert, was wir für einen bäuerlichen Betrieb halten. Danach sollten die Förderanträge bewertet werden. Darüber hinaus sollte die Privilegierung von gewerblichen Tierhaltungsanlagen im Außenbereich einer Lösung weichen, die eine deutliche Mitsprache der betroffenen Gemeinden sichert. Die bäuerliche Tierhaltung im kleinen wie im großen Betrieb, in der ökologischen wie in der konventionellen Wirtschaftsweise muss in unserem Lande eine klare Perspektive haben. – Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass wir heute in der Aktuellen Stunde über das Thema „Bäuerliche Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ diskutieren können.

Und wenn wir uns anschauen, jawohl, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern 4.725 landwirtschaftliche Unternehmen, die aus meiner Sicht in einer Struktur der bäuerlichen Entwicklung nach der Wende alles getan haben, um zu dem wichtigen Wirtschaftszweig Land- und Ernährungswirtschaft zu werden.

Und, meine Damen und Herren, eine Zahl besticht: 2,5 – am Ende dieser Förderperiode werden es fast 3 Milliarden Euro an Investitionen gewesen sein, die in die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns geflossen sind und damit im Übrigen auch in eine tierartgerechtere Haltung, aber auch in moderne Maschinen und Haltungssysteme insgesamt.

Ich glaube, das ist ein Erfolg, und nicht umsonst steht die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft wirklich in einem sehr, sehr guten Licht in Mecklenburg-Vorpommern da. Dafür kann ich unseren Landwirten und der Ernährungswirtschaft wirklich nur immer wieder Dank sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig, Herr Dr. Backhaus!)

Und wenn Sie, Herr Professor Tack, auf die Grüne Woche eingehen, dann ist da ja auch vieles darüber geschrieben worden. Am Anfang, die Hallen waren noch gar nicht geöffnet, da hieß es schon aus Mecklenburg-Vorpommern heraus von einem

Medium, das ich hier rausgreifen möchte: Mecklenburg-Vorpommern wird wohl einen mäßigen Auftritt hinlegen.

(Vincent Kokert, CDU: Tja, und
nun war es super wie noch nie.)

Ich muss sagen, ich bin dankbar all denjenigen, die dort gewesen sind, und all denjenigen, die sich mit großem Engagement eingesetzt haben, im Übrigen auch hervorragend berichtet haben. Jawohl, wir haben den größten Ansturm seit Bestehen der eigenen Halle gehabt und über 400.000 Menschen sind in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle gewesen. Das ist ein Riesenerfolg für regionale Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern – ein Riesenerfolg!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und im Übrigen kann und sollte hier auch deutlich werden, jawohl, in Mecklenburg-Vorpommern – wenn man mal ein bisschen in die Historie hineinschaut, nicht in die DDR, sondern schon weit davor –, auch vor dem Zweiten Weltkrieg hat es in Mecklenburg-Vorpommern immer eine größer strukturierte Landwirtschaft gegeben. Und zu DDR-Zeiten, ich habe selber viele Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet – Herr Professor Tack, Sie haben auch Erfahrung –, dann will ich eines mal in Erinnerung rufen: Fast in jedem Stall, in jedem Dorf haben unter welchen Bedingungen, zum Teil unter schrecklichsten Bedingungen zu DDR-Zeiten, Tiere ihr Dasein gefristet und die Arbeitsbedingungen zu der damaligen Zeit waren katastrophal. Auch das will ich ausdrücklich sagen.

Deswegen glaube ich, wir müssen aufpassen, dass wir eine Diskussion so führen, dass wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern sagen, und das muss auch die Botschaft sein: Jawohl, von den Lebensmitteln, die in Mecklenburg-Vorpommern produziert werden, geht keine Gefahr aus. Dafür sorgen die Landwirtschaftsbetriebe, dafür sorgt auch und selbstverständlich die Veterinär- und Lebensmittelkontrolle und dafür sorgen natürlich die Unternehmen, die in ihrer Eigenverantwortung hier ein hohes Maß an Verantwortung tragen. Und ich glaube auch, es kommt darauf an,

deutlich zu machen, dass die Lebensmittelproduktion in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessert wird.

Wir haben in einem Segment, und da geben wir uns allen recht, in einem Segment in Mecklenburg-Vorpommern ein Problem, und das ist die Hähnchenmast, und zwar ausschließlich die Hähnchenmast. In allen anderen Bereichen haben wir diese Diskussion, die wir zum Teil auch heute noch hören werden, in dieser extremen Form nicht.

Und ich will auch deutlich machen, jawohl, der Agrarsektor von Mecklenburg-Vorpommern hat seit der Wende einen wirtschaftlichen und damit stabilen Ansatz erreicht und ist damit eine Stütze für die Volkswirtschaft in unserem Bundesland. Wir haben hoch motivierte Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter. Beschäftigte erzielen Spitzenleistungen. Das wäre nicht möglich, wenn es die Tierhaltung und letzten Endes die Leistungsparameter nicht ermöglichen würden, könnten beispielsweise die Tiere eine Verdopplung der Milchleistung nicht erreichen. Oder wir liegen an der Spitze in der Schweinehaltung,

(Udo Pastörs, NPD: Eine fragliche Leistung.)

was die lebend aufgezogenen Ferkel anbetrifft, auch da sind wir wirklich Spitze. Das kann und muss man auch unterstreichen. Und wir haben gute Rahmenbedingungen, um Investitionen in die Zukunft weiter zu tätigen.

Wenn man sich anschaut, jawohl, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Struktur, die ihresgleichen in Europa sucht. Das ist natürlich auch der Wendephase geschuldet. Aber, ich glaube, es ist noch mal dick zu unterstreichen, dass wir Betriebsstrukturen haben, die in Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen auf bäuerlicher Grundlage agieren, und das wollen wir auch ausbauen.

Die Landwirtschaft steht bei der Entwicklung nicht allein da, wenn man sich die Volkswirtschaft insgesamt betrachtet. In allen Bereichen der Volkswirtschaft hat sich der Wettbewerb inzwischen auf den sogenannten globalisierten Märkten – auch das ist mir wichtig, ob wir das wollen oder nicht – mittlerweile natürlich etabliert. Das hat

dazu geführt, dass sich die Herstellung, aber auch der Vertrieb von Waren, ob es Lebensmittel oder Industriegüter sind, durch Konzentration an geeigneten Standorten organisieren. Ob man das für richtig hält oder nicht, davon profitieren im Übrigen viele Seiten. Zunächst sind natürlich die Strukturen für die Erzeugerinnen und Erzeuger wettbewerbsfähig – und das sind sie in Mecklenburg-Vorpommern –, aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie erhalten nämlich hochwertige und letzten Endes kostengünstige Lebensmittel und Produkte insgesamt. Das sollten wir nie vergessen.

Und der Flächenverbrauch, insbesondere durch die Landwirtschaft selbst, hält sich damit in Grenzen, wenn wir durch diese größeren Strukturen natürlich auch dazu beitragen, Flächenfraß – auch die Initiative, die insgesamt läuft – zu vermindern. Gerade der Flächenverbrauch wird uns in der Zukunft weiter intensiv beschäftigen.

Ich möchte an dieser Stelle auch dafür werben, dass wir uns als Mitteleuropäer ein bisschen zurückhalten in manchen Diskussionen. Denn führen wir es uns einfach mal vor Augen: Heute ist es leider so – das wissen die meisten Menschen leider nicht –, dass wir in Europa etwa das Dreifache der Ackerflächen Deutschlands, das sind nämlich 30 Millionen Hektar, in anderen Regionen dieser Erde bewirtschaften, um damit Eiweißpflanzen nach Europa einzuführen. 30 Millionen Hektar! Insbesondere Soja und Mais werden nach Europa eingeführt, äquivalent in anderen Staaten dieser Erde, die vom Hunger gezeichnet sind oder die deutlich schlechtere klimatische Bedingungen haben. Das heißt, wir müssen und dürfen auch in der Zukunft nicht auf Kosten anderer Regionen dieser Erde uns in Sicherheit wiegen. Nein, es wird hier weiter zum verantwortungsvollen Umgang miteinander und in der Landwirtschaft kommen.

Und genau das, was Sie angedeutet haben, unterstreiche ich damit auch. Es ist für mich eine Sünde, dass wir über 80 Kilogramm Lebensmittel in Deutschland pro Einwohner jährlich in die Mülltonne werfen. Das darf so nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Und wenn wir uns anschauen, wie wir tatsächlich auch in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern in der Landwirtschaft wirtschaften, dann ist es so, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Bürgerinnen und Bürger des Landes natürlich ein Recht darauf haben, selber zu entscheiden, welche Produkte sie besonders vorziehen oder welche man insgesamt zur Verfügung stellt. Aber eins ist auch klar: Die Kaufentscheidung eines jeden Verbrauchers, einer jeden Verbraucherin wird in Deutschland wohl auf längere Sicht noch ein Stückchen auch mit dem Geldbeutel zusammenhängen. Auch diese Diskussion müssen wir ehrlich und gerecht führen.

Wir haben in Deutschland ja wohl sehr preiswerte Lebensmittel. Und wenn wir uns überlegen, wir geben in Deutschland im Übrigen ganze elf Prozent, elf Prozent des Einkommens für Lebensmittel aus. In anderen Regionen in Europa sind es über 30 Prozent. Oder wenn Sie sich anschauen, ein Landwirt in Deutschland versorgt heute 140 Familien. Das ist also zweimal, wenn man so will, dieser Landtag. Auch das sollte man nie vergessen, wenn man mit Fingern auf Landwirte zeigt, von denen man meint, sie würden hier eine schädliche Produktion vollziehen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig.)

Überlegen Sie sich das immer sehr genau, was Sie damit hier anrichten!

Und zum anderen ist es natürlich auch so, dass es in meiner Verantwortung liegt, und da will ich auch gar nicht ablenken, dass Fehlentwicklungen, die wir erkennen, entgegengesteuert werden muss, überhaupt gar keine Frage. Große Tierhaltungen stehen immer mehr im Fokus der Öffentlichkeit und der Medien, aber auch der gesellschaftlichen Debatte. Und ich bin froh darüber, dass wir diese Diskussion führen. Diese werden wir nicht in der Aktuellen Stunde führen können, sondern ganz bewusst habe ich mir für diese Legislaturperiode vorgenommen, einen Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft zu entwickeln mit dem Ziel, ausdrücklich mehr Tierschutz, mehr Artgerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, aber auch regionale Produktkreisläufe, wenn man so will, zu entwickeln, mit dem Ziel, für das Bundesland

Mecklenburg-Vorpommern die Land- und Ernährungswirtschaft im Kontext mit dem Gesundheitsland und dem Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern zu verknüpfen.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich glaube, hier gibt es große Chancen, auch perspektivische Entwicklung, wo wir ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland haben, wirklich zu vertiefen. Und es ist gut so, wenn man auch auf der Grünen Woche war und die Demonstrationen vor dem Kanzleramt hat miterleben können. Ich sage ausdrücklich, ich habe hohes Verständnis für diese über 80 engagierten Verbände und Vereine, dass man sich Gedanken und Sorgen macht. Aber eins akzeptiere ich nicht, wenn man über ideologisch verbrämte Diskussionen meint, man könne einen einzigartigen Berufsstand schlechtreden. Das sollten wir gemeinschaftlich nicht zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, auch das ist mir wichtig, wir dürfen in Deutschland bitte nicht ausblenden, jawohl, wir haben eines der ausgefeiltesten Überwachungskontrollsysteme und damit Sicherheitsnetze, wie wir sie überhaupt in der Lebensmittelproduktion und in der Erstellung dieser Lebensmittel haben.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Dann ist ja alles in Ordnung.)

Und es sollte niemand ausblenden, selbstverständlich auch in größeren Anlagen, wie man diesen Begriff „Massentierhaltung“ definiert. Da bin ich gespannt, ob wir heute hier noch eine Definition bekommen. Ich sage Ihnen, es gibt keine dazu zurzeit. Und diese sogenannte industrielle Massenproduktion, auch dafür gibt es keinen Rechtsbegriff. Für mich gilt eins, auch das will ich hier unterstreichen, in den größeren Tierhaltungsanlagen gilt es, den Tierschutz, den Umweltschutz, die Lebensmittelqualität und die Sicherheit für Tiere und Menschen auf höchstem Niveau zu garantieren. Das gilt in Mecklenburg-Vorpommern so und da werden wir auch keine Abstriche zulassen.

Für mich ist eines klar – und genau das hat die Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit doch gezeigt –, nämlich, dass man nicht jede Entwicklung der freien Märkte einfach so laufen lassen darf. Der starke Staat muss hier auch Grenzen aufzeigen.

(Stefan Köster, NPD: Welche Möglichkeiten haben Sie denn?)

Und das gilt, darauf werde ich gleich kommen, im Übrigen natürlich für große Tierhaltungsanlagen. Unser Haus ist aktuell dabei, diesen Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft zu erarbeiten, um damit den Prozess, so, wie wir es festgeschrieben haben in der Koalitionsvereinbarung, dann in eine Bundesratsinitiative münden zu lassen. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen dafür Sachlichkeit, wir brauchen wissenschaftliche Fundiertheit und wir brauchen dazu ausdrücklich auch Praxisnähe. Alles andere hilft uns nicht weiter.

Wenn wir Mehrheiten im Bundesrat haben wollen, dann müssen wir uns Zeit nehmen. Mir geht es nicht darum, eine Demonstration hier heute vom Zaun zu brechen, im übertragenen Sinne, oder ich will auch keinen Papiertiger in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln, sondern wir wollen alles daransetzen, dass wir dann Mehrheiten im Bundesrat bekommen, um diese übergroßen, betone ich, Tierhaltungsanlagen in der Zukunft zu verbieten.

Und es ist richtig, dieses BImSch-Gesetz und auch das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sind unter Rot-Grün, unter Frau Künast und Herrn Trittin entstanden. So ist es sachlich und fachlich richtig und es waren diese beiden grügeführten Häuser innerhalb der damaligen Bundesregierung verantwortlich. Hier haben wir im Übrigen auch schon mit Korsettstangen, wenn man so will, Begrenzungen vorgenommen. Auch das sollte man nicht vergessen, wir hatten vorher noch ganz andere Tierhaltungsmöglichkeiten.

(Vincent Kokert, CDU: Hört, hört!)

Und ich frage auch ausdrücklich: Was wollen wir denn verändern? Dieser Prozess braucht Energie und Fingerspitzengefühl und das erwarte ich von denjenigen, die hier mit Sach- und Fachverstand und wissensbasiert sich herstellen und heute Forderungen aufmachen.

Es geht im Masterplan um folgende Punkte:

Erstens. Im Vordergrund steht die Bodengebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion in Mecklenburg-Vorpommern.

Dies habe ich im Übrigen immer vertreten, und das werde ich auch versuchen, mit aller Kraft umzusetzen, nämlich genau nach dem Motto „Boden, Pflanze, Tier im Kreislauf“ zu wirtschaften. Das ist der Grundsatz, der uns im Übrigen von unseren Urahnen mit auf den Weg gegeben worden ist, und der ist nicht neu, sondern es gilt im Nachhaltigkeitsgrundsatz, diesen umzusetzen, also bäuerlich geführte Strukturen. Das heißt, die Erzeugung des benötigten Futters und natürlich auch die Ausbringung der Wirtschaftsdünger gehören in den Kreislauf, in die Region, um damit auch die Umweltverträglichkeit nachzuweisen.

Ich will an dieser Stelle noch mal betonen, Mecklenburg-Vorpommern ist eine der viehärmsten Regionen Europas mit 0,38 Großvieheinheiten. Und eben ist gesagt worden – Frau Dr. Karlowski hat es ja auch schon mal öffentlich oder halböffentlich gesagt –, dass man sich darauf verständigen kann, sich auf zwei Großvieheinheiten in Mecklenburg-Vorpommern perspektivisch auszurichten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da ist also noch Luft und damit auch Wertschöpfung für unser Bundesland möglich.

Zweitens – und damit bin ich bei der Begrenzung der großen Anlagen –: Jawohl, das wird eine heftige Diskussion auf der Bundesebene, insbesondere auch in den viehstarken Regionen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens auslösen. Aber ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen zum einen natürlich wissenschaftlich

fundierte Aussagen und zum anderen wäre es unverantwortlich, wirtschaftliche Potenziale, die sich später vielleicht als sinnvoll erweisen, von vornherein auszusperrern.

Und ich denke in diesem Zusammenhang an eine Stärkung der gemeindlichen Verantwortung. Genau da wollen wir hin. Die Gemeinden sollen entscheiden, ob sie eine Tierhaltungsanlage aufnehmen wollen, ja oder nein. Und da gilt es auch, diese Rechtslagen, die wir heute auf Bundesebene haben, so anzupassen, dass die Gemeinden in der Zukunft frei entscheiden können, ob sie Tierhaltungsanlagen ansiedeln wollen, ja oder nein.

Drittens. Wir werden das Raumordnungsprogramm – da gibt es ja Absprachen mit dem Energieministerium – des Landes Mecklenburg-Vorpommern anpassen, um damit auch den Gemeinden mehr Handlungsspielräume zu geben.

Viertens. Die Verbesserung der Tierartgerechtigkeit ist für mich von allergrößter Bedeutung. Und hier gilt es insbesondere in der Hähnchenmast in Deutschland, diese Situation in den Fokus zu nehmen und dafür zu sorgen, dass wir zu einem massiven Verringern des Medikamenteneinsatzes kommen, und auf der anderen Seite natürlich auch darüber nachzudenken, ob und inwieweit wissenschaftlich fundierte Grundlagen vorliegen, aber auch freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft, um letzten Endes damit zu einer massiven Reduktion des Medikamenteneinsatzes, insbesondere im Antibiotikabereich, zu kommen.

Und fünftens – auch das wird im Rahmen dieses Masterplanes Land- und Ernährungswirtschaft drinstehen –: Jawohl, unter dem Motto „Qualitätsoffensive für tierische Lebensmittel“ soll von unseren wissenschaftlichen Einrichtungen untersucht werden, inwieweit sich die Größenordnung einer Tierhaltungsanlage auf die Qualität des Endproduktes auswirkt oder ob andere Faktoren, wie zum Beispiel die Bewegungsmöglichkeiten oder die Veränderungen im Futersystem oder insbesondere auch in der Genetik zurück zu alten Haustierrassen, die wesentlich widerstandsfähiger sind, unter anderem einzusetzen sind.

Ich glaube, dass der ökologische Landbau in Mecklenburg-Vorpommern in größeren Tierhaltungsanlagen zeigt, dass es auch ohne Medikamenteneinsatz oder fast ohne Medikamenteneinsatz geht. Und in diesem Sinne wünsche ich uns eine spannende Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schütt für die Fraktion der CDU.

Heino Schütt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, die bäuerliche Tierhaltung ist nirgends definiert. Inwieweit die Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung derzeit ein aktuelles Thema ist, kann ich nicht erkennen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Aus diesem Grunde frage ich mich, was Sie mit diesem vorliegenden Antrag bezwecken wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kommt
immer ein bisschen quasi drauf an. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Im Baurecht gibt es lediglich eine Abgrenzung zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Tierhaltung. Hier ist unter anderem im Paragraphen 201 normiert, dass „insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung, der Erwerbsobstbau, der Weinbau, die berufsmäßige

Imkerei und die berufsmäßige Binnenfischerei“ im Sinne des Baugesetzbuches Landwirtschaft sind. Mit dieser Vorgabe wird eine klare Abgrenzung zur gewerblichen Tierhaltung vollzogen.

Aktuell gibt es zahlreiche Bestrebungen von Landwirtschaftsunternehmen, die durch den Ausbau der Veredlungswirtschaft die Wertschöpfung ihrer Betriebe verbessern und Arbeitsplätze schaffen wollen. Leider müssen wir landesweit verzeichnen, dass sowohl Umweltverbände als auch Bürgerinitiativen, zum Teil aber auch Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, sich vehement gegen die Ansiedlung beziehungsweise Errichtung von Tierhaltungsanlagen aussprechen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Und das aus gutem Grund.)

Sie gehen davon aus, dass keine Anlagen artgerechter und ökologischer zu betreiben sind. Eine Bestandsgröße für bäuerliche Tierhaltung bleiben Sie jedoch schuldig. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Schweinebestand in unserem Bundesland seit 1991 von 1,276 Millionen auf 765.000 Tiere und der Rinderbestand in demselben Zeitraum von 865.000 auf 544.000 Tiere gesunken ist, ist die Stärkung der Veredlungswirtschaft unseres Erachtens auch durch politische Vorgaben notwendig.

Aktuell wird auf Bundesebene die Novelle des Baugesetzbuches, insbesondere die Privilegierung der Landwirtschaft im Paragrafen 35, diskutiert. Viele sind der Auffassung, dass die Privilegierung von Landwirtschaftsunternehmen gänzlich abgeschafft werden sollte. Dieser Auffassung sind wir, meine Damen und Herren der Linksfraktion, nicht. Die Bestandsdichte von Schweinen, Rindern und Geflügel in unserem Land entspricht bei Weitem nicht der Bestandsdichte anderer vergleichbarer Flächenländer wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

Einen weiteren Schwerpunkt sehen Sie in der Aufnahme von Tierhaltungsanlagen in die Raumordnung. Sie wollen sogenannte Eignungsräume für Tierhaltungsanlagen ausweisen und damit alle anderen Räume von Tierhaltungsanlagen freihalten. Mit einer solchen Regelung würden Sie große Teile des Landes von der

Veredlungswirtschaft ausschließen. Gleichzeitig würden Genehmigungsverfahren für Tierhaltungsanlagen verzögert.

Wir hingegen sind der Auffassung, dass nur zügige Genehmigungsverfahren und eine verlässliche Förderungspolitik zu mehr Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum führen. Aus diesem Grunde halten wir das aktuelle Aussetzen der Förderung von Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen im konventionellen Bereich für

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

nicht gerechtfertigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so! Ach so!)

Hier gilt es, wieder zügig Planungs- und Investitionssicherheit für Landwirte zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Tierhaltung gehören auch Flächen zur Schaffung der Futtergrundlage. Gerade beim Kauf und der Pachtung von Flächen stellt sich heraus, dass aufgrund der aktuellen Marktsituation tierhaltende Betriebe oft ins Hintertreffen geraten. Einem reinen Marktfruchtunternehmen gelingt es aufgrund der besseren wirtschaftlichen Situation immer wieder, Flächen zu pachten oder zu kaufen. Aus diesem Grunde haben Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, im Jahre 2000 mit Ihrem Koalitionspartner Kriterien zur Verpachtung der landeseigenen Flächen beschlossen. Wir sind der Auffassung, dass die Vergabekriterien bisher nicht zum beabsichtigten Ziel der Stärkung der Veredlungswirtschaft führten. Aus diesem Grunde wollen wir auch eine Überprüfung der derzeitigen Vergabekriterien erreichen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einiges zur Historie sagen. Vor dem Hintergrund, dass Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, in rechtlicher Nachfolge zur SED

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

in besonderer Weise für die Übergriffe

(Peter Ritter, DIE LINKE:

Aber dass Sie die DBD geschluckt
haben, dass wissen Sie noch, ne?!)

und Maßnahmen unter der Bezeichnung „Sozialistischer Frühling in der
Landwirtschaft“ in den Jahren 1961 und darauf Verantwortung tragen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

ist der vorliegende Antrag besonders fraglich.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut! Sehr gut! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ja
ein richtiger Spaßvogel!)

Damals wurden bäuerliche Strukturen zerschlagen und bäuerliches Eigentum kalt
enteignet.

(Udo Pastörs, NPD: Und in den Tod getrieben.)

In den folgenden Jahren wurden die Landschaften ausgeräumt und die industrielle
Produktion in der Landwirtschaft eingeführt.

(allgemeine Unruhe)

Auf Gewässerarten und Bodenschutz wurde hierbei keine Rücksicht genommen.
Gerade Sie, Professor Tack, als Inhaber des Lehrstuhls für landwirtschaftliche
Technologie

(Udo Pastörs, NPD: Und maßgeblich beteiligt.)

haben die industrielle Tierproduktion befürwortet und mit zu verantworten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Sie jetzt verteidigen. Haben Sie das schon mal gemerkt, dass Sie das verteidigen?!)

Heute nun wollen Sie mit dem vorliegenden Antrag suggerieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist kein Antrag, das ist eine Aktuelle Stunde.

dass Sie für eine bäuerliche Tierhaltung eintreten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was sind das nur für Experten!)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder für die Stärkung der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Junge, Junge, Junge!)

Insbesondere die 1:1-Umsetzung von europäischen Bundesvorgaben wie im Bereich der Nutztierhaltungsverordnung, aber auch des Umwelt- und Baurechts wurden von uns durchgesetzt. Wir sind der Auffassung, dass die Veredlungswirtschaft notwendig ist, um Arbeitsplätze zu schaffen und somit Wertschöpfung im ländlichen Raum zu generieren. Dies ist vor dem Hintergrund der nicht ausgelasteten Schlachtkapazitäten in den Schlachthöfen Mecklenburg-Vorpommerns notwendig.

Gerade bei der Diskussion zu den Nutztierhaltungsverordnungen oder der Förderung der Veredlungswirtschaft, aber auch bei der Straffung der Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Tierhaltungsanlagen konnten wir die Stimme der Fraktion DIE

LINKE nicht vernehmen. Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf, hier im Rahmen der Aktuellen Stunde keine Schaufensterdebatte zu führen, sondern im Interesse der Veredlungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gezielte Maßnahmen um- und durchzusetzen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schütt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Proteste gegen die Massentierhaltung haben ihren Höhepunkt erreicht, und das nicht nur hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit.

Die Massentierhaltung, ob ich das jetzt Massentierhaltung oder Tierhaltung in Größenordnungen nenne, denke ich, ist hier egal an der Stelle, verträgt sich nicht mit unserem Tourismus und auch nicht mit unserer Gesundheitswirtschaft. Es handelt sich um Tierquälerei und auch für uns Menschen ist das ein nicht zu unterschätzendes Problem.

Wir Bündnisgrünen fordern mehr art-, wirklich artgerechte Tierhaltung und auch in der Praxis hier nicht nur Lippenbekenntnisse.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Hähnchenmastanlagen sehen die Tiere über ihr kurzes Leben von 30 Tagen – 30 Tage, meine Damen und Herren! – kein Tageslicht. Sie werden innerhalb kürzester Zeit zu Turbomasthähnchen herangezüchtet. Es gibt Ställe, wo die Schnäbel gekürzt werden, die Tiere sind gerupft. In den Schweinemastanlagen werden die kleinen Eber ohne Betäubung kastriert. Das ist ein Skandal! Auch die

Kirchen haben bereits mehrfach auf diese katastrophalen Haltungsbedingungen hingewiesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und das zu Recht, jawohl.)

In Deutschland werden in den Tierhaltungsanlagen doppelt so viele Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin. Das führt zur Herausbildung von multiresistenten Keimen – das ging mehrfach auch durch die Presse –, an denen jedes Jahr viele Menschen in unseren Kliniken sterben. Das muss nicht sein.

Die Anlagen sind meisten auch nicht mit entsprechenden Filteranlagen, wie wir sie fordern, ausgestattet. Die Feinstäube stellen für Allergiker und speziell auch für Kleinkinder ein großes Problem dar. Viele Mastanlagen werden dem Brandschutz nicht gerecht, wie zum Beispiel die große Ferkelzuchtanlage in Alt Tellin. Die Massentierhaltungsanlagen schaffen keine Arbeitsplätze oder nur wenig Arbeitsplätze, vielleicht zwei, drei. Sie vernichten auf der anderen Seite viel mehr Arbeitsplätze im Bereich des Tourismus und im Bereich der Gesundheitswirtschaft, unsere wichtigen Wirtschaftsstandbeine in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Wir Bündnisgrünen plädieren für kleinere flächengebundene, aber auch wirklich in der Praxis flächengebundene Tierproduktionsbetriebe,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mehr bäuerliche Landwirtschaft und mehr biologische Tierhaltung. Wir brauchen mehr regionale Stoffkreisläufe, mehr Veredlung vor Ort – ich benutze das Wort „Veredlung“ etwas anders, Herr Schütt, als Sie –

(Vincent Kokert, CDU: Aber damit haben
Sie übrigens recht, mit der Veredlung.)

und mehr Wertschöpfung hier vor Ort. Das fehlt uns nämlich, verdammt noch mal!

(Vincent Kokert, CDU: Das wollen
wir mit der Veredlung ja erreichen.)

Das, nur das, schafft echte Arbeitsplätze und nicht die Massentierhaltungsanlagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Bündnisgrünen lehnen die großen Tierhaltungsanlagen ab,

(Udo Pastörs, NPD: Dann lehnen Sie bitte auch
die Biogasanlagen ab, die Sie favorisiert haben!)

in denen die Tiere gentechnisch verändertes Soja aus Übersee bekommen. Zudem weiß keiner, wohin mit der Masse an stinkenden, ätzenden Güllesubstanzen. Deutschland hat bereits jetzt eine Überproduktion an Fleisch. Wir brauchen nicht noch mehr Billigfleisch zu Preisen, für die ein Landwirt nicht mehr arbeiten kann. Wir Bündnisgrünen wollen faire Löhne und gute Nahrungsqualität.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss ja auch nicht jeden Tag von morgens bis abends Fleisch sein. Lieber Klasse statt Masse, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir freuen uns, dass auf politischer Ebene ein Innehalten, Gott sei Dank, stattgefunden hat und ein Nachdenken, speziell festgemacht an der

Antibiotikaproblematik für Mecklenburg-Vorpommern. Anfangs noch geleugnet und lediglich als Phänomen für Nordrhein-Westfalen bezeichnet, gibt es zunehmend die Politik des Hinsehens.

Herr Minister Backhaus, Sie sagten kürzlich im NDR-„Nordmagazin“, dass Tiere nur dann behandelt werden dürfen, wenn sie wirklich krank sind. Aber wie lässt sich das denn umsetzen in Massentierhaltungsanlagen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie will man da die Gesunden von den Kranken trennen? Da bekommen alle gleich viel Antibiotika.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein erstes positives Zeichen ist, dass die Genehmigungen für neue große Anlagen vorerst auf Eis gelegt sind. Das Landwirtschaftsministerium will künftig Genehmigungen an Bedingungen knüpfen wie Stallklima, Management und Ähnliches, aber diese Kriterien sind sehr weichgestrickt, sie sind nicht griffig. Ich hoffe, da passiert noch einiges, denn da muss sehr, sehr viel passieren.

Wir fordern ein verbindliches Raumordnungsverfahren für alle Massentierhaltungsanlagen, für alle Neubauten, für alle in Genehmigung befindlichen Anlagen und auch für alle Anlagen, die nachträglich vergrößert werden. Das ist zurzeit nicht der Fall. Wir fordern verbindliche Luftfilter, ausreichend Brandschutz, artgerechte Tierhaltung. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass die Privilegierung der Massentierhaltung im Außenbereich, das ist nach Paragraph 35 Baugesetz, abgeschafft wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dietmar Eifler, CDU: Das ist Paragraph 34.)

Hierzu läuft gerade eine aktuelle Bundesratsinitiative. Herr Backhaus, wir hoffen, dass Sie hierzu eine klare Position beziehen werden.

Wir lehnen Gentechnik auch im Tierfutter ab. Wir plädieren für eine gute vernetzte Agrarforschung. Beim Fleisch muss es ähnlich wie bei den Eiern eine Kennzeichnungspflicht bezüglich der Haltungsform geben. Nur so hat der Verbraucher eine echte Chance, sich zu entscheiden.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht ist das so problematisch mit der Austauschbarkeit.)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gerkan.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krüger für die Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich zu Beginn meiner Rede zuerst einmal bei allen bedanken, die rund um die Grüne Woche tätig waren.

Meine Damen und Herren, Sie haben 2012 auch eine Erfolgsgeschichte fortgeschrieben und ich sage ganz bewusst, allen geschriebenen Unkenrufen, die vorher zu hören waren, zum Trotz. 400.000 Besucher in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle – unsere Halle ist wieder unter den beliebtesten gewesen –, ich sage ganz klar, 400.000 Besucher können sich nicht täuschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, DIE LINKE greift mit der Aktuellen Stunde heute ein Thema auf, das uns seit Wochen in den Medien bewegt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sieht Ihr Koalitionspartner aber anders. Ich muss Ihnen mal eine Zeitung schenken.)

insbesondere vor dem Hintergrund der Hähnchenmast und des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenmast.

Meine Damen und Herren, klar ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 im Fleisch keine Antibiotika vorhanden sind. Es gibt hier eine Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Ich will das vorweg mal deutlich sagen, weil wir in einer Anhörung gehört haben, dass die Hähnchenhalter hier inzwischen auch Absatzprobleme haben.

(Udo Pastörs, NPD: Zu Recht!)

Vorab will ich klarstellen, dass diese Problematik nicht in einem engen Kontext gesehen werden kann. Wir haben die europäische Agrarpolitik, wir haben die nationale Agrarpolitik, wir haben einen globalisierten Lebensmittelmarkt, wir haben das Verbraucherverhalten und die besonders in Deutschland geführte Debatte um die sogenannte Massentierhaltung, die industrielle Tierproduktion, zu beantworten.

Und beim Stichwort „Massentierhaltung“, sehr geehrte Frau Gerkan, frage ich mich ernsthaft, ob Sie schon mal in solchen großen Ställen gewesen sind. Sie reden hier davon, dass es dort permanente Tierquälerei gibt. Ich rate Ihnen einfach mal, solch einen großen Stall zu besuchen, sich mit den Bäuerinnen und Bauern zu verständigen.

Und noch eines: Sie haben hier über die Gülle gesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir können ja mal nach Mirow fahren zusammen.)

Ein Blick in Wikipedia, was Gülle ist, würde vielleicht helfen. Da steht nämlich wörtlich: „Gülle ist ein natürlich anfallender Wirtschaftsdünger.“ Ich bin immer davon ausgegangen, dass natürliche Düngung etwas ist, was die GRÜNEN durchaus wollen.

(Vincent Kokert, CDU:

Davon haben wir viel zu wenig. –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, richtig.)

Ich bin mir dessen bewusst, dass es immer auf das Maß ankommt.

(Beifall vonseiten

der Fraktionen der SPD und CDU –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Thomas.)

Der Minister hat schon die internationalen Aspekte der Problematik angesprochen.

Wie sieht es in der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern aus? Bezogen auf die Flächenausstattung hat Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Tierbestand in Deutschland. Im Vergleich zu Niedersachsen etwa haben wir nur ein Drittel Tiere pro Hektar.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist auch nicht mein Vorbild.)

Bei Rindern und Schweinen hat sich der Bestand in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren stabilisiert. Und wenn Sie sagen, das ist kein Vorbild, dann sage ich Ihnen, dass die bäuerliche Produktion auch Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wertschöpfung, die wir hier haben wollen, ganz klar.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Bei Geflügel hingegen hat sich der Bestand von 2007 auf 2010 von knapp 8 Millionen auf gut 9 Millionen Tiere erhöht. Damit ist laut Statistischem Landesamt mehr als die Hälfte der in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten Gesamtfleischmenge Geflügelfleisch. Mecklenburg-Vorpommern hat damit einen Anteil von rund 15 Prozent des in Deutschland erzeugten Geflügelfleisches. Der Trend zu mehr Geflügelfleisch ist allerdings keiner, der nur hier in Mecklenburg-Vorpommern zu bemerken ist, sondern es ist ein deutschlandweiter.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Geflügelfleisch ist ja auch gesund.)

Geflügelfleisch ist auch gesund, richtig.

Dies erklärt in gewisser Weise den Fokus, der im Zusammenhang mit der Größenordnung von Ställen, Tierhaltungsformen, Tierhaltungsbedingungen und dem Antibiotikaeinsatz gegenwärtig auf der Geflügelhaltung liegt. Generell gilt aber für alle Nutztierarten: Quo vadis bäuerliche Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern?

Wie steht die SPD in unserem Land zu dieser Frage? Zusammengefasst haben wir dazu folgende grundsätzliche Position: Die bodengebundene Tierhaltung ist für uns eine Grundlage verantwortungsvoller Landbewirtschaftung. Wir wollen aber auch kein Zurück zu Agrarstrukturen von gestern, vielmehr sollen Fortschritt und Innovation, die ökologische Nachhaltigkeit und die ökonomische Sinnhaftigkeit in der gesamten Landwirtschaft gelten. In der Tierhaltung setzen wir auf ökonomische und ökologisch tragfähige Lösungen in artgerechten Tierhaltungssystemen. Das sind am Ende zwei Seiten einer Medaille, die Ökonomie und die Ökologie.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Uralte Floskeln!)

Ja, ja, machen Sie mal weiter!

(Heinz Müller, SPD: Die sind aber nicht falsch.)

Beim Neubau von Tierställen werden von uns Tierkonzentrationen abgelehnt, deren Unbedenklichkeit für die Umwelt nicht belegt werden kann. Im Koalitionsvertrag findet sich das in ähnlicher Form wieder.

(Udo Pastörs, NPD: Was
halten Sie denn von Ethik? –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, sehr geehrter Herr Professor Tack, es ist richtig, es gibt eine Reihe von Auseinandersetzungen, gerade in den Gemeinden, wenn es um die Errichtung von Tierhaltungsanlagen geht. Deswegen sage ich hier ganz klar, wir wollen, dass es künftig mehr Mitsprache der Einwohner der Gemeinden bei der Errichtung von solchen Anlagen gibt. Ich denke, auf Dauer ist das der Weg, den wir miteinander gehen müssen.

Meine Damen, meine Herren, in der jüngsten nicht öffentlichen Anhörung des Agrarausschusses hieß das Thema „Geflügelhaltung – ein Produktionszweig im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Tier- sowie Umweltschutz“. Ersetzen wir das Wort „Geflügelhaltung“ durch „Viehhaltung“, haben wir eine treffende Beschreibung: Viehhaltung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Tier- und Umweltschutz. Damit eines klar ist, die Spannung kann nicht zulasten der Lebensmittelsicherheit oder des Tier- und Umweltschutzes abgebaut werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Aber auch die bäuerlichen Tierhalter dürfen wir nicht wirtschaftlich im Regen stehen lassen. Im gesellschaftlichen Dialog zur Tierhaltung müssen wir Bedingungen diskutieren, die es den Landwirten ermöglichen, wirtschaftlich zu arbeiten. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Preise. Im Grunde ist es jedem klar, dass der stetige Preisverfall bei Lebensmitteln den wirtschaftlichen Druck auf die landwirtschaftlichen Erzeuger permanent erhöht. Die Landwirte investieren dann in

Systeme, wo sie über Preismasse günstig vorankommen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich im Klaren sein, dass sie beispielsweise über den Kauf von Hähnchenschenkeln im Laden mitentscheiden, wie die Haltungssysteme am Ende aussehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist das eigentliche Problem.)

Wer beim Kauf auf Qualität setzt, fördert am Ende auch Qualität im Stall.

Der Landwirtschaftsminister hat die Förderung von neuen Stallanlagen vorerst ausgesetzt,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um die Förderkriterien neu zu justieren. Das begrüße ich und bin mir sicher, dass momentan intensiv daran gearbeitet wird, um baldmöglichst wieder neue Investitionen zu ermöglichen. Denn, meine Damen und Herren, die Erkenntnis der nicht öffentlichen Sitzung war, dass in den größeren modernen Ställen der Antibiotikaeinsatz geringer war als in den kleineren älteren Ställen. Es geht also um die Haltungsbedingungen und es geht um die Definition von Haltungsbedingungen – und das ist unsere Aufgabe.

Es geht auch darum, die Entwicklung der Tiere vom Elterntier über die Geburt, die Bedingungen in den Stunden danach, die bereits beschriebenen optimierten Haltungsbedingungen bis hin zur Schlachtung zu betrachten. In der Anhörung wurde beispielsweise deutlich, dass Krankheitsverläufe bereits in den Küken angelegt waren, die angeliefert wurden. Es geht also um eine ganzheitliche Betrachtung des Tieres.

Um die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft einschließlich der bäuerlichen Tierhaltung in unserem Land zu sichern, hat Minister Dr. Backhaus die Erstellung eines Masterplans für diesen strukturbestimmenden Wirtschaftszweig bis

zur Mitte der Legislaturperiode angekündigt. Dieser strukturbestimmende Wirtschaftszweig ist übrigens einer der umsatzstärksten, den wir in Mecklenburg-Vorpommern haben. Er soll Leitfaden für die Ausgestaltung einer nachhaltigen umwelt- und tiergerechten Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern werden. Die Ziele und Schwerpunkte hat der Minister in seiner Rede genannt, ich erspare mir, das jetzt hier noch einmal zu wiederholen. Wichtig dabei ist für mich, dass wir bei der Erarbeitung dieses Masterplans einen breiten gesellschaftlichen Dialog in Form eines mitarbeitenden Gremiums aus Experten und allen beteiligten Akteuren bekommen.

Letztlich, meine Damen und Herren, wird es darauf ankommen, die Rahmenbedingungen für die Tierhaltung deutschland- und europaweit zu gestalten, um der bäuerlichen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Krüger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider hat die NPD-Fraktion im Rahmen der Aussprache zur Aktuellen Stunde nur vier Minuten Redezeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das reicht aus! Das reicht aus!)

Ich kann leider nicht auf allen Unsinn, der von dieser Stelle hier verbreitet worden ist, eingehen.

(Heinz Müller, SPD: Da sind
schon vier Minuten zu viel! –
Michael Andrejewski, NPD: Dazu
wären vier Stunden nötig.)

Da hast du recht, Michael, vier Stunden reichen nicht aus, um dem ganzen Unsinn, der hier verbreitet worden ist, zu begegnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schon wieder
'ne halbe Minute rum, Herr Köster!)

Die LINKEN machen sich Sorgen um die Zukunft der bäuerlichen Tierhaltung.

(Heinz Müller, SPD: Sagen Sie,
was Sie zu sagen haben! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dies könnte angesichts der heutigen Aktuellen Stunde des Landtages angenommen werden. Aber vertreten die LINKEN wirklich an dieser Stelle die bäuerliche Tierhaltung im Besonderen und das Bauerntum im Allgemeinen? Hat überhaupt ein Redner Ihrer pseudodemokratischen Parteien über die Kernprobleme, die viele Bauern belasten, gesprochen? Beide Fragen müssen mit Nein beantwortet werden. Natürlich können Sie in großspurigen Gesprächsrunden, wie hier im Landtag, vieles einfordern. Im Zusammenhang mit Ihren Forderungen lassen Sie bewusst allerdings regelmäßig außer Acht, dass die Probleme nur behoben werden können, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Bauern grundlegend, also radikal ändern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

denn heute wurde hier im Landtag lediglich über jene Form der Landwirtschaft gesprochen, die einzig und allein den rücksichtslosen Forderungen der EU-Willkür entspricht.

Ich erinnere Sie gerne daran, dass es die EU-Kommission ist, die zum Beispiel von osteuropäischen Bauern verlangt, sich zu großen Erzeugergenossenschaften zusammenzuschließen oder ihren Betrieb einzustellen. Und Sie, meine Damen und Herren, sind die skrupellosen Verfechter dieser Europäischen Union und ihrer Politik des totalen Ausverkaufs aller Nationalstaaten und besonders der bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sicherlich, im Jahre 2010 stieg in Mecklenburg-Vorpommern der Produktionswert der Landwirtschaft um fast 9 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro, wobei der Anteil der tierischen Erzeugung mit rund 38 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 46 Prozent liegt. Doch geben diese Zahlen wirklich die Situation in der Landwirtschaft wieder?

In unserem Land beherrschen überwiegend großbetriebliche Strukturen das Bild, denn 2010 bewirtschafteten 7 Prozent der Betriebe mehr als 40 Prozent der Fläche. Hierunter sind Betriebe mit jeweils 1.000 und mehr Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche zu verstehen. Mit einer durchschnittlichen Flächenausstattung von 286 Hektar sind die Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern einsamer Spitzenreiter. Mecklenburg-Vorpommern ist also nicht durch bäuerliche Betriebe, sondern durch die Großagrarbetriebe beziehungsweise Agrarindustriebetriebe geprägt.

Dies liegt hauptsächlich daran, dass sich die Politik nach der sogenannten Wende 1989/1990 weitestgehend aus der Verantwortung gezogen und wenig unternommen hat, um die Großagrarbetriebe namens LPG in kleinteilige bäuerliche Strukturen zu überführen. Stattdessen haben Sie alles dem angeblich freien Markt unterworfen, dem soziale Verantwortung und Umwelt- und Heimatschutz vollkommen fremd sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dieses Fehlverhalten der Politik Ihrer Parteien führte zu unglaublichen Verwerfungen im Bereich der Landwirtschaft, deren Auswirkungen heute beinahe alle Bauern

spüren. Durch diese Verwerfungen sind die Bauern leider heute wieder mehr oder minder Leibeigene, abhängig von Subventionen, Bürokratie und den Preistreibern der Handelskonzerne. Für eine zukunftsfähige und heimatverbundene Landwirtschaft und ein ebensolches Bauerntum ist aus Sicht der NPD-Fraktion die Sicherstellung der größtmöglichen Unabhängigkeit von der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die problemlos auch hier in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern angebaut werden können, durchzusetzen.

(Der Gong ertönt. –
Michael Andrejewski, NPD: Ende der Sitzung.)

Hierdurch behält man die eigene und vielseitige Wertschätzungskette im Land. Gleichzeitig verringert die Politik das Risiko von Preisschwankungen zum Beispiel aufgrund von Währungsspekulationen und Nahrungsmittelspekulationen und auch hierfür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Landkreis Vorpommern-Greifswald entsteht die größte Ferkelfabrik Europas auf dem Acker zwischen Neu Plötz und Siedenbüssow. Sechs Ställe, 10.500 Muttersauen, die eine Viertelmillion Ferkel jährlich werfen. 60.000 Tonnen Gülle fallen jährlich an.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlicher
Dünger wurde das genannt.)

Die Anlage mit einer Fläche von 11 Hektar, wovon mindestens 7 Hektar versiegelt werden, befindet sich in Sichtweite, nur 1.000 Meter zum Haus der Familie Pantzenhagen, nur 1.100 Meter zum Bikerhotel in Siedenbüssow. Das Haus der Familie Pantzenhagen wird an Wert verlieren, so wie viele andere Häuser auch. Wie viele Gäste werden wohl künftig noch ins Tollensetal kommen, um Ruhe zu finden,

um die frische Luft und Natur zu genießen? Wer will schon dort Urlaub machen, wo es nebenan gewaltig stinkt und die Futter- und Ferkeltransporte unentwegt rollen? Auf Straßen übrigens, deren Schäden durch die Allgemeinheit behoben werden müssen.

(Stefan Köster, NPD: Das hat Ihre Partei doch auch nicht interessiert.)

Meine Damen und Herren, jeden Montag, jeden Montag seit über einem Jahr und bei jedem Wetter

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

treffen sich um Punkt 17.00 Uhr zahlreiche Menschen – Junge und Alte, Alteingesessene und Zugezogene – an dem Baugelände und protestieren gegen solche riesigen Tierhaltungen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wann immer ich kann, bin ich dabei.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Ich wohne seit meinem dritten Lebensjahr in der Gegend zwischen Peene und Tollense, ich bin dort zu Hause.

Der Widerstand kommt keineswegs nur aus den Reihen Zugezogener oder von Leuten aus dem Westen, wie oft behauptet wird. Es sind Menschen, die zum Teil seit Generationen hier leben und hier tief verwurzelt sind. Sie fürchten die Folgen für die Umwelt, sie wollen nicht, dass das schöne Tollensetal zur Kloake wird. Es sind nicht Ökofreaks, die sich dem Fortschritt verweigern. Das ist Unsinn! Zu denen, die diese Anlage nicht wollen, gehören auch Menschen, die mit und in der Landwirtschaft groß

geworden sind, eben auch konventionelle Landwirte, wie die Kröcherts aus Daberkow oder Carl Hesse aus Plötz, die ihre Flächen nebenan bewirtschaften.

Für die meisten Kritiker der Riesenanlage steht außer Frage, dass die Landwirtschaft zur Region gehört, auch mit Kuh- und Schweineställen. Sie wollen aber eine nachhaltige Landwirtschaft, die Rücksicht auf Mensch, Umwelt und Natur nimmt. Sie wollen eine Landwirtschaft, die bodengebunden ist, klimafreundlich und die Tiere artgerecht hält. Kleinere Einheiten, die in die Region passen, die sich behutsam einordnen – ja, das wird akzeptiert. Es ist keine Illusion und keine Spinnerei, ein gedeihliches Nebeneinander von Mensch, Tier und Pflanzenwelt einzufordern. Viele Beispiele des bäuerlichen Wirtschaftens haben längst bewiesen, dass es geht, etwa in der Uecker-Randow-Region, wo derzeit rund 24 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet werden, so viel wie nirgendwo in Ostdeutschland.

Meine Damen und Herren, es geht an der Realität vorbei, pauschal den Gegensatz zwischen Landwirten und Naturschützern zu konstruieren und ihn zu beschwören. Die Größenordnung der Anlage in Alt Tellin überschreitet nach Auffassung von Landwirten und Nichtlandwirten jedes Maß.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist aber rechtsstaatlich genehmigt, denn anders als in den Niederlanden muss der Investor hier weniger strenge Auflagen erfüllen.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Anders als in Deutschland dürfen in den Niederlanden wegen der extremen Grundwasserbelastung durch Gülle keine neuen Anlagen mehr gebaut werden.

Wo, bitte schön, soll denn mit einer derart überdimensionierten Anlage der Gewinn für unsere Region herkommen? Das Einzige, was sicher ist, ist der Gewinn des

Großinvestors. Machen wir uns doch nichts vor, nur sehr wenige Arbeitskräfte werden gebraucht, um das durch und durch rationalisierte Geschäft zu betreiben.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Mit Landwirtschaft hat das alles nichts mehr zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es mit einer rein ökonomischen Sicht auf das Tier in einer industriellen Anlage zu tun. Wer fragt denn bei aller Effizienz und Optimierung, ob und welche Bedürfnisse das Tier hat?

(Udo Pastörs, NPD: So wie in
Ihren SED-Zeiten, da war das auch so. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Lassen Sie
sich mal was Neues einfallen!)

Umwelt, Gesundheit und das Tierwohl bleiben gleichermaßen auf der Strecke.

Meine Damen und Herren, mehr und mehr Menschen haben die industrielle Intensivtierhaltung mit all ihren negativen Folgen auch für die Qualität der Nahrungsmittel satt. Ja, noch ist die Akzeptanz dafür, dass gesunde, hochwertige und gut schmeckende Lebensmittel aus regionaler Vermarktung mehr kosten, nicht hoch genug, aber sie wächst und immer mehr Menschen wollen etwas Gutes für sich und ihre Region tun und kaufen Produkte aus ihrer Region. Und wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins machen, wir wollen, dass viele Urlauber zu uns kommen, weil wir eine unvergleichlich schöne Landschaft haben. Landwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Tourismus haben so viele Möglichkeiten, zum gegenseitigen Vorteil zusammenzuarbeiten und das Beste herauszuholen. Wir haben im Land so viele Potenziale, lassen wir sie uns nicht kaputt machen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bravo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Rösler.

Ich schliesse die Aussprache.